

Kocka, Jürgen

Article — Digitized Version

Arbeiterbewegung in der Bürgergesellschaft: Überlegungen zum deutschen Fall

Geschichte und Gesellschaft: Zeitschrift für historische Sozialwissenschaft

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Kocka, Jürgen (1994) : Arbeiterbewegung in der Bürgergesellschaft: Überlegungen zum deutschen Fall, Geschichte und Gesellschaft: Zeitschrift für historische Sozialwissenschaft, ISSN 0340-613X, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen, Vol. 20, Iss. 4, pp. 487-496

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/122406>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

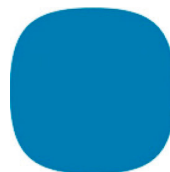
Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB).

Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH

Bibliothek und wissenschaftliche Information

Reichpietschufer 50

D-10785 Berlin

E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)

Library and Scientific Information

Reichpietschufer 50

D-10785 Berlin

e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**.

More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

Arbeiterbewegung in der Bürgergesellschaft

Überlegungen zum deutschen Fall

von Jürgen Kocka

Arbeitergeschichte und Arbeiterbewegungsgeschichte sind auch hierzulande nicht in der Krise. Die Forschung geht weiter, es ist die Zeit reifer Synthesen.¹ Organe wie das „Archiv für Sozialgeschichte“ und die „Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ werden hoffentlich auch künftig Plattformen darstellen, die die Arbeitergeschichte anregen, stützen und versammeln.

Aber die Arbeiter- und Arbeiterbewegungsgeschichte ist nicht mehr der Ort aufregender Neuentwicklungen oder heißer Kontroversen, wie sie es in den 50er, 60er und 70er Jahren war. Sie ist „business as usual“; neugierige Studenten wählen sich lieber ein Dissertationsthema aus der Bürgertums- oder der Geschlechtergeschichte, es fehlt der Arbeitergeschichte an innerer Spannung, an neuen Perspektiven, an Streit. Die intellektuelle Langeweile in diesem Bereich hat sich mit dem Zusammenbruch der DDR und dem Verschwinden der marxistisch-leninistischen Herausforderung noch einmal gesteigert.

Dem liegen zum einen außerwissenschaftliche Faktoren zugrunde. Anders als in den 60er Jahren ist heute der Glaube an die emanzipatorische Rolle der organisierten Arbeiterschaft ebensowenig verbreitet wie die Vorstellung vom Proletariat als Subjekt der Geschichte, und damit fehlt es den entsprechenden historischen Studien an einer indirekt wirkenden, aber mächtigen Triebkraft, die neue Fragen, Erwartungen und Zweifel hervorbringen könnte. Andere Probleme sind drängender, andere Utopien stärker. Aber sicher gibt es auch innerwissenschaftliche Gründe für den zwar keineswegs unbefriedigenden, aber wenig aufregenden „state of the art“ und damit auch innerwissenschaftliche Möglichkeiten, ihn zu verändern. Generell gilt die Vermutung, daß die Vernüpfung verschiedener geschichtswissenschaftlicher Teilgebiete, die Kreuzung von innerwissenschaftlichen Diskursen, die lange unabhängig voneinander geführt wurden, Innovationschancen bietet und neue Fragestellungen hervorbringt.

I. Es gibt sicher viele Möglichkeiten der intellektuell anregenden und wissenschaftlich fruchtbaren Verknüpfung und Kreuzung. Mustert man die gegenwärtig im Aufwind liegenden oder allmählich aufsteigenden Teilgebiete und Richtungen des Faches unter diesem Gesichtspunkt, so besteht wenig Zweifel daran, daß die *Kulturgeschichte* die Arbeitergeschichte seit langem durch-

1 Vgl. G. A. Ritter u. K. Tenfelde, *Arbeiter im Deutschen Kaiserreich 1871 bis 1914*, Bonn 1992.

dringt und befruchtet.² Doch dürfte die anthropologische Wende der Sozial- und Kulturgeschichte, die gegenwärtig zu beobachten ist, auch in der Arbeitergeschichte noch zu neuen Akzenten und Überraschungen führen. Die *historische Komparatistik* hat die Arbeiter- und Arbeiterbewegungsgeschichte trotz mancher Ansätze in zurückliegenden Jahren noch nicht erobert. Viel Lohnendes bleibt hier zu tun, in Form interregionaler und internationaler Vergleiche.³ Wenn die Frage nach dem sich ändernden *Verhältnis von Mensch und Natur* aus einem Diskussionsproblem universalhistorisch gestimmter Spezialisten zu einem leitenden Gesichtspunkt geschichtswissenschaftlicher Arbeiten wird und damit zivilisationshistorische oder umwelthistorische Fragestellungen an allgemeinem Interesse gewinnen, dann dürfte dies auch der Arbeiter- und Arbeiterbewegungsgeschichte neue Impulse geben. Doch steht das noch sehr am Anfang.⁴

Demgegenüber ist die Verknüpfung von Arbeiter- und *Geschlechtergeschichte* nicht nur in Gang gekommen, sie führt auch zu spürbarer Kritik an den Ergebnissen bisheriger Arbeiterforschung, zu herausfordernden Perspektiven und neuen Einsichten. Seit Jahren fördert die Frage nach der Geschlechterdifferenz Neues über Arbeit und Leben der Arbeiterschaft zutage: über Hierarchien und Funktionsteilungen am Arbeitsplatz, über das Verhältnis von Produktion und Reproduktion, über die privaten Voraussetzungen des Engagements in der Arbeiterbewegung, über Arbeiterhaushalt und -familie. In geschlechtergeschichtlicher Perspektive scheint überdies das Bild der Arbeiterbewegung in leicht verändertem Licht: vornehmlich als Männerbewegung, partikularer, weniger progressiv – trotz August Bebel. Die interessantesten Probleme ergeben sich auf der begrifflichen Ebene. Schlüsselbegriffe rücken einiges ins Licht und blenden anderes ab, notwendigerweise. Zentralen Begriffen der Arbeitergeschichte wird nicht ganz ohne Berechtigung vorgeworfen, sie seien zumindest geschlechtsindifferent, womöglich gar männlich geprägt. Wie verknüpft man „Klasse“ und „Geschlecht“ in der historischen Analyse? Was ändert sich an der Vorstellung von Klassenbildung und am Bild

2 Vgl. Arbeiterkultur im 19. Jh. (=GG 5. 1979, H. 1); G. A. Ritter (Hg.), Arbeiterkultur, Königstein 1979; zuletzt A. Lütke, Eigen-Sinn. Fabrikalltag, Arbeitererfahrungen u. Politik vom Kaiserreich bis in den Faschismus, Hamburg 1993.

3 Generell vgl. H. Kaelble, Vergleichende Sozialgeschichte des 19. u. 20. Jh.: Forschungen europäischer Historiker, in: JbWG 1993/1, S. 173–200; J. Kocka, Comparative Historical Research: German Examples, in: IRSH 38. 1993, S. 369–79. – Ders. (Hg.), Europäische Arbeiterbewegungen im 19. Jh. Deutschland, Österreich, England, Frankreich im Vergleich, Göttingen 1984. – Zuletzt T. Welskopp, Arbeit u. Macht im Hüttenwerk. Arbeits- u. industrielle Beziehungen in der deutschen u. amerikanischen Eisen- u. Stahlindustrie von den 1860er bis zu den 1930er Jahren, Bonn 1994.

4 Vgl. als Ansatz F.-J. Brüggemeier, Zaublerlehrlinge. Vom unbedachten Umgang mit der Natur, in: Bürgerliche Gesellschaft in Deutschland. Historische Einblicke, Fragen, Perspektiven, Frankfurt 1990, S. 275–84; ders. u. Th. Rommelspacher (Hg.), Besiegte Natur. Geschichte der Umwelt im 19. u. 20. Jh., München 1987.

der Geschlechterverhältnisse, wenn die Verknüpfung gelingt? Hier bleiben Probleme zu lösen, und neue Wege bieten sich an.⁵

In der expandierenden *Bürgergeschichte* sind im letzten Jahrzehnt interessante Neuansätze gelungen. Sozial- und Kulturgeschichte wurden in neuartiger Weise amalgamiert, die Kategorie der „Bürgerlichkeit“ leistete dabei gute Dienste. Der Zusammenhang zwischen der Geschichte einer kleinen, aber einflußreichen sozialen Formation, des modernen Bürgertums, einerseits und andererseits der Geschichte der Gesellschaft als ganzer – als bürgerliche Gesellschaft oder Bürgergesellschaft gefaßt – kam in den Blick, wobei Bürgergesellschaft als Bewegungsbegriff definiert werden konnte: nicht nur als Mittel der Analyse vergangener Wirklichkeit, sondern zugleich als zukunftsgerichtete Perspektive mit normativen Implikationen. Von der Geschichte des Bürgertums und der bürgerlichen Gesellschaft seit dem 18. Jahrhundert geht weiterhin große Ausstrahlungskraft aus. Auf diesem Gebiet ist die deutsche Historiographie durchaus führend, und sei es nur deshalb, weil die Historiker Frankreichs, Englands, der USA und anderer Länder anders konzeptualisieren und einen vieldeutigen und tragfähigen Begriff wie den des Bürgertums in ihrer Sprache nicht zur Verfügung haben – ein semantischer Befund, der auf international unterschiedliche Traditionen, der Deutung und unterschiedliche Formen der Strukturierung sozialer Wirklichkeit verweist.⁶ Es bietet sich an, die Arbeiter- und Arbeiterbewegungsgeschichte stärker mit der historischen Bürgertumsforschung zu verknüpfen. Darauf beziehen sich die folgenden, sehr vorläufigen Überlegungen mit Blick auf die deutsche Entwicklung im 19. und 20. Jahrhundert.

Unter Bürgertum wird dabei eine soziale Formation verstanden, die Wirtschaftsbürger (Kaufleute, Unternehmer, Bankiers, Manager, höhere Angestellte u. a.) und Bildungsbürger (Inhaber akademischer Berufe, auch akademisch qualifizierte Beamte, Richter, Pfarrer, Experten, Lehrer u. a.) umfaßt, als gesamtgesellschaftliche Formation im 18. Jahrhundert entstand, jedenfalls in Ausläufern bis heute existiert und ihren gemeinsamen Nenner – neben der Abgrenzung zu anderen Sozialgruppen – in ihrer gemeinsamen Kultur („Bürgerlichkeit“) besitzt. Jedenfalls zwischen dem frühen Bürgertum und dem Entwurf einer bürgerlichen Gesellschaft (Bürgergesellschaft) bestand

5 Vgl. zuletzt K. Hausen (Hg.), *Geschlechterhierarchie u. Arbeitsteilung. Zur Geschichte ungleicher Erwerbschancen von Männern u. Frauen*, Göttingen 1993. – K. Canning, *Gender and the Politics of Class Formation*, in: AHR 97. 1992, S. 736–68; L. Tilly u. J. Scott, *Women, Work and Family*, New York 1978; A. Kessler-Harris, *Stratifying by Sex. Understanding the History of Working Women*, in: R. C. Edwards u. a. (Hg.), *Labor Market Segmentation*, Lexington/Mass. 1975, S. 217–42; J. Kocka (Hg.), *Klasse u. Geschlecht* (=GG 18. 1992, H. 2).

6 Vgl. *Bildungsbürgertum im 19. Jh.*, 4 Bde., Stuttgart 1985–92; J. Kocka (Hg.) *Bürger u. Bürgerlichkeit im 19. Jh.*, Göttingen 1987; ders. u. U. Frevert (Hg.), *Bürgertum im 19. Jh. Deutschland im europäischen Vergleich*, 3 Bde., München 1988; L. Gall (Hg.), *Vom alten zum neuen Bürgertum. Die mitteleuropäische Stadt im Umbruch 1780–1820*, München 1991; H.-J. Puhle (Hg.), *Bürger in der Gesellschaft der Neuzeit*, Göttingen 1991. Zuletzt als umfassenden Literaturbericht: U. Haltern, *Die Gesellschaft der Bürger*, in: GG 19. 1993, S. 100–34.

eine deutliche Affinität. Eine Umschreibung des Begriffs der „bürgerlichen Gesellschaft“ folgt weiter unten.⁷

II. Die im zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts aus verschiedenen Quellen entstehende Arbeiterbewegung stand einerseits in alten Traditionen. Gesellen, Heimarbeiter, Manufaktur- und Fabrikarbeiter, die sich früh in Vereinen zusammenschlossen, demonstrierten und streikten, sich gewerkschaftlich organisierten und die frühen Arbeiterparteien wählten, waren vielfach durch ältere Traditionen geprägt, sei es aus handwerklich-städtischem Milieu, sei es aus den Erfahrungen der kleinen Leute auf dem Lande, in sehr verschiedenartiger landschaftlicher Ausprägung. Dies läßt sich an ihren religiösen Bindungen, an der Art ihres Feierns, der Struktur ihrer Familien und auch an ihren Protesten studieren, die im Vormärz wie auch noch spät im 19. Jahrhundert häufig gegen Neuerungen, gegen die Zumutungen des Marktes, der Industrie, des bürokratischen Staates und der Säkularisierung, gegen Modernisierung und Disziplinierung gewandt waren, in Verteidigung des Hergebrachten und mit entrüsteter Berufung auf gutes altes Recht. Aus alten Bindungen entstand oft die Fähigkeit zum gemeinsamen Handeln, wie es an Gesellen und an Dorfbewohnern gezeigt worden ist.

Aber gleichzeitig war die entstehende Arbeiterbewegung etwas Neues, ein Phänomen, das es in der langen Geschichte der Gesellen-, Handwerker-, Bauern- und Volksproteste noch nicht gegeben hatte. Nicht nur schlossen sich diese Arbeiter über Berufs- und Qualifikationsgrenzen hinweg tendenziell nach Klassenkriterien zusammen. Ihre Forderungen und Programme, Aktionen und Organisationen waren gleichzeitig offensiv. Teilweise noch in alter Sprache forderten sie zunehmend Neues statt nur gefährdetes Herkommen zu verteidigen, sie strebten nach Verbesserung, Freiheit, Teilhabe, Menschenrechten. Sie kämpften für Fortschritt und Emanzipation und damit für grundlegende Änderungen der ganzen Gesellschaft. Auf die Verallgemeinerungsfähigkeit der eigenen Forderungen wurde zunehmend Wert gelegt, und man akzeptierte die Selbstdisziplin, die man zur Durchsetzung brauchte.

Damit geriet die entstehende Arbeiterbewegung in gewisse Distanz zu volkskulturellen Traditionen, in denen sie gleichwohl noch wurzelte. Nur so konnte sie zu jener emanzipatorischen Massenbewegung werden, der es für Jahrzehnte gelang, Klasseninteressen und den Einsatz für das allgemeine Wohl auf einen Nenner zu bringen.⁸ Woher bezog eine Bewegung von kleinen Leuten diese Kraft, diese vergleichsweise moderne Qualität?

Ein grundlegender Anspruchs-, Erwartungs- und Mentalitätswandel lag dem zugrunde, der zunächst nur in kleinen, aber wachsenden Teilen der oberen

7 S. 495. Zur begrifflichen Umschreibung J. Kocka, Bürgertum u. bürgerliche Gesellschaft im 19. Jh. Europäische Entwicklungen u. deutsche Eigenarten, in: ders. u. Frevert (Hg.), Bürgertum im 19. Jh., Bd. 1, S. 11–39.

8 Vgl. J. Kocka, Traditionsbindung u. Klassenbildung. Zum sozialhistorischen Ort der frühen deutschen Arbeiterbewegung, in: HZ 241. 1986, S. 333–76.

Unterschicht einsetzte und mit vielem zusammenhing, so mit der Durchsetzung der Lohnarbeit, mit dem Wachstum der Wirtschaft, der Erfahrung des Wandels, der Klassenbildung und anderem. Doch zu diesem Kranz von Bedingungsfaktoren gehörte an wichtiger Stelle, daß dies eine Unterschichten-Bewegung in einer entstehenden bürgerlichen Gesellschaft war. Über tägliche Erfahrungen am Arbeitsplatz, über Schule und Lehrer, über Zeitungen und Reisen, über bürgerlich-liberale Agitatoren, liberale Mobilisierungsversuche und das Vorbild der Revolution drangen die auf Freiheit, Gleichheit und Genossenschaft zielenden, auf Vernunft und Bildung setzenden, häufig utopisch-ideologischen Ansprüche der bürgerlichen Gesellschaft und besonders des gebildeten Bürgertums ein Stück weit in Teile der „arbeitenden Klassen“ ein, wurden dort anverwandelt und wirksam. Ein Stück Verbürgerlichung fand also statt als Voraussetzung einer bürger-kritischen, teilweise antibürgerlichen Protest- und Emanzipationsbewegung – Hartmut Zwahr hat dieses Argument früh entwickelt.⁹ Es ließe sich im Detail entfalten, und damit ließe sich vielleicht die Geschichte der *entstehenden* Arbeiterbewegung in neuem Licht zeichnen. Die Sozialisation der aktiven Mitglieder und Führer der frühen Organisation verdient in diesem Zusammenhang neue Aufmerksamkeit, die Rolle der Bildung und der Arbeiterbildungsvereine auch. Die entstehende Arbeiterkultur läßt sich im Spannungsfeld zwischen Volkskultur und Bürgereinflüssen gut rekonstruieren, wenngleich sie darin nicht aufging, sondern zugleich aus dem neu entstehenden proletarischen Lebenszusammenhang gespeist war. Vielleicht ergibt sich – im Licht der Frage nach bürgerlichen Konstitutionsbedingungen von Proletariat und Arbeiterbewegung – auch der eine oder andere neue Akzent bei der Charakterisierung der sozialistischen Utopien und der viel untersuchten frühen Organisationen, des Bundes der Kommunisten, der Arbeiter-Verbrüderung, der Arbeiterparteien der 60er Jahre. Nach dem Ende der marxistischen Orthodoxie und des durch sie angestoßenen Deutungskonflikts ist für Neuinterpretationen viel Platz.

III. Man sollte allerdings die Janusköpfigkeit der Arbeiterbewegung ernstnehmen: sie war Teil der entstehenden bürgerlichen Welt und gleichzeitig ihr Widerspruch. *Einerseits* erscheint vor allem die sozialdemokratische Arbeiterbewegung wie ein Brückenkopf der Bürgerlichkeit im Unterschichtenbereich: diszipliniert, ordentlich, zielstrebig, bildungsbeflissen, erzieherisch gegenüber den Massen, zunehmend am Leitbild der bürgerlichen Familie und bürgerlichen Sexualität orientiert, modern, sogar technik-freundlich, fortschritts- und wachstumsorientiert. Und zweifellos trug die sozialdemokratische Arbeiterbewegung im Kaiserreich und in der Weimarer Republik zur Durchsetzung des Programms der Bürgergesellschaft mehr bei als viele Bürger. Man denke an die Parlamentarisierung, an die Verrechtlichung sozialer Konfliktbeziehungen, an Massenbildung und soziale Demokratie, ohne die

⁹ Vgl. H. Zwahr, Konstitution der Bourgeoisie im Verhältnis zur Arbeiterklasse. Ein deutsch-polnischer Vergleich, in: Kocka u. Frevert (Hg.), Bürgertum im 19. Jh., Bd. 2, S. 149–86.

das Programm der bürgerlichen Gesellschaft und des bürgerlichen Rechtsstaats für die große Mehrheit bekanntlich wenig bedeutet.

Andererseits war die Antibürgerlichkeit der Arbeiterbewegung mehr als bloße Rhetorik. Zu denken ist an die bürgertumskritischen Leitideologien großer Teile der Arbeiterbewegung vom religiösen Sozialismus des Vormärz über den marxistisch gefärbten Sozialismus der klassischen Arbeiterbewegung bis zum Kommunismus des 20. Jahrhundert. Zu denken ist auch an zahlreiche Praktiken, mit denen Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung vom bürgerlichen Modell abwichen, es bekämpften oder über es hinauswiesen: an die proletarische Form der Proteste – Streiks und Straßendemonstrationen, die die Bürger erst später lernten –, an die Solidarität als Zentralwert der Arbeiterbewegung, an deren Anti-Individualismus und (halbherzigen) Internationalismus, an die Entwicklung der Massenparteien nach dem Vorgehen der SPD, die die bürgerlichen Honoratiorenparteien ablösten oder transformierten, an den Kampf für soziale Gleichheit, fürwahr kein bürgerliches Ziel.

Die Nicht-Bürgerlichkeit der Arbeiterbewegung hing in der frühen Zeit sicher auch mit ihrer Verwurzelung in alten, weiterwirkenden, vor- und unterbürgerlichen Volkskulturtraditionen zusammen, deren kommunitaristische, nicht-individuelle Orientierungen einer volkstümlichen „moral economy“ mit dem Grundsatz der Arbeiter-Solidarität und mit zentralen Werten des Sozialismus harmonierten. Sie resultierte zum andern aus der nicht-, aus der unterbürgerlichen Lebens- und Erfahrungssituation derer, die die Arbeiterbewegung vor allem trugen. Denn die meisten Arbeiter bestritten ihr Leben nah dem Existenzminimum, aus verschiedenen und wechselnden Quellen: existentielle Unsicherheit und die Unmöglichkeit bürgerlicher Lebensplanung folgten daraus. In den Familien hatten die Frau und Mutter wie früh auch die Kinder zum gemeinsamen Lebensunterhalt beizutragen: es fehlte damit die spezifische Konstellation, die in bürgerlichen Familien zur Pflege bürgerlicher Kultur befähigt und ihre Weitergabe von Generation zu Generation ermöglicht. In proletarischen Kreisen fehlte es dem Leben an Raum und Zeit, an differenzierten Wohnbedingungen und Muße, das heißt an wichtigen sozialgeschichtlichen Bedingungen jener bürgerlichen Kultur, die das Bürgertum definiert. Die Arbeiterbewegung wurzelte also in Lebens- und Erfahrungsmilieus, die ihrer Bürgerlichkeit klare Grenzen setzten, gegen die Verbürgerlichungsambitionen mancher Reformen und vieler Arbeiter selbst.¹⁰

Die spezifische Doppelgesichtigkeit der Arbeiterbewegung – ihre Verknüpfung von Bürgerlichkeit und Antibürgerlichkeit – hing jedoch vor allem mit der Doppelgesichtigkeit des Bürgertums zusammen. Denn diese definierte sich einerseits durch eine Kultur mit universalistischen Ansprüchen, die auf Verallgemeinerung drängten und insofern auch von unbürgerlichen Gruppen

10 Zu den wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Voraussetzungen bürgerlicher Kultur vgl. auch J. Kocka, Obrigkeitsstaat u. Bürgerlichkeit. Zur Geschichte des deutschen Bürgertums im 19. Jh., in: W. Hardtwig u. H.-H. Brandt (Hg.), Deutschlands Weg in die Moderne. Politik, Gesellschaft u. Kultur im 19. Jh., München 1993, S. 107–21, hier 111 f.

und Bewegungen beim Wort genommen werden konnten. Die Verbürgerlichung der Gesellschaft insgesamt gehörte zum Anspruch des Bürgertums, der im Laufe des 19. und 20. Jahrhundert partiell eingelöst wurde in dem Maß, in dem es gelang, Grundprinzipien der bürgerlichen Gesellschaft in Realität umzusetzen. Aber andererseits setzte bürgerliche Kultur zu ihrer Verwirklichung ökonomische und soziale Verhältnisse voraus, die im 19. und frühen 20. Jahrhundert nur für Minderheiten gegeben waren. Bürgerlichkeit konstituierte sich über Selbständigkeit, Eigentum und Bildung, das heißt über Ressourcen, zu denen man tatsächlich nur in den bessergestellten Schichten Zugang fand und die damit zu Grundlagen neuer Ungleichheit, Ausgrenzung und Abhängigkeit wurden, wie sich am Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit, an der einkommens-, status- und bildungsabhängigen Ungleichverteilung politischer Rechte oder auch an der kulturellen Praxis des Bürgertums zeigen läßt, zu der die exklusive Abgrenzung „nach unten“ hinzugehört.

Mit diesem Widerspruch zwischen bürgerlichem Universalisierungsanspruch und bürgerlicher Exklusivität, zwischen den Gleichheitsversprechen der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer realen Ungleichheit war die Dialektik von Bürgerlichkeit und Antibürgerlichkeit der Arbeiterbewegung wechselseitig verknüpft. Wie der Widerspruch zwischen bürgerlichen Ansprüchen und bürgerlicher Realität die Arbeiterbewegung als moderne Protest- und Emanzipationsbewegung überhaupt erst hervorbrachte, drängte ihre zunehmende Herausforderung das Bürgertum in eine immer neu verstärkte Abwehrhaltung hinein, die es in großen Teilen von den universellen Ansprüchen seines Programms immer deutlicher abrücken ließ.

IV. Diese generelle These bedarf der zeitlichen Differenzierung. Denn das Mischungsverhältnis von Bürgerlichkeit und Antibürgerlichkeit verschob sich innerhalb der Arbeiterbewegung im Laufe der Zeit, im Wechselverhältnis zu Verschiebungen in der inneren Balance des Bürgertums. Dies war kein linearer Prozeß, die Vorstellung einer Schritt für Schritt sich durchsetzenden, ununterbrochenen Verbürgerlichung des Proletariats und der Arbeiterbewegung greift zu kurz. In ihrer frühen Phase – von den 1860er Jahren bis um 1890 – traten die anti-bürgerlichen Züge der deutschen Arbeiterbewegung auch deshalb so stark hervor, weil das Bürgertum schwach war und die Verbürgerlichung der Gesellschaft insgesamt nur langsam vorankam. Die zunehmende Verbürgerlichung von Gesellschaft, Kultur und sogar Politik in den zweieinhalb Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg ging mit einer gewissen Abschwächung der anti-bürgerlichen Züge der Arbeiterbewegung Hand in Hand. Mit der tiefen Krise des Bürgertums, der bürgerlichen Kultur und der bürgerlichen Gesellschaft in und nach dem Ersten Weltkrieg ging die Radikalisierung der Antibürgerlichkeit eines erheblichen Teils der Arbeiterbewegung einher, in ihrem radikalsozialistischen und dann in ihrem kommunistischen Zweig. Die erneute Konsolidierung des Bürgertums, der bürgerlichen Gesellschaft und der bürgerlichen Kultur seit den 1950er Jahren im westlichen Teil

Deutschlands hat dagegen der allmählichen Annäherung der Arbeiterbewegung an bürgerliche Grundprinzipien den Weg geebnet – und umgekehrt. Hinzugefügt sei ein Gedanke zum internationalen Vergleich. Der inzwischen verstorbene Leipziger Historiker Manfred Kossok schrieb 1990: „Gewiß ist es kein Zufall, daß Länder des deformierten Sozialismus kein erfolgreiches ‚Jahr 1789‘ kannten; ihre Bürger verwandelten sich in ‚Genossen‘, ohne vorher ‚Citoyen‘ gewesen zu sein“¹¹. In der Tat: Wie stark und bestimmend die Arbeiterbewegung wurde und wie sich in ihr im 20. Jahrhundert sozialdemokratische Strömungen mit kommunistisch-diktatorischen mischten, das hing u. a. von der Bürgerlichkeit der jeweiligen Gesellschaft ab, das heißt von dem Ausmaß und der Art bürgerlicher Kultur und Herrschaft in den verschiedenen Ländern, wobei allerdings die Einwirkung der Arbeiterbewegung aufs Bürgertum nicht vernachlässigt werden darf.

Hier spätestens kommt die klassische Frage nach dem Fortwirken vorbürgerlicher Eliten, Strukturen und Traditionen ins Spiel. Zumindest für die Zeit bis zum Ersten Weltkrieg bietet es sich an, die deutsche Arbeiterbewegung als Teil einer Gesellschaft zu interpretieren, die einerseits bürgerlicher war als die Gesellschaften im östlichen Europa, in denen die Schwäche und Unterentwicklung bürgerlicher Lebensformen, Rechtsgarantien und Verfassungen die Entwicklung der Arbeiterbewegung behinderten und zugleich anti-bürgerlich radikalisierten. Andererseits war die deutsche Arbeiterbewegung Teil einer Gesellschaft, deren Bürgerlichkeit im Vergleich zu Westeuropa begrenzt war – ablesbar an der obrigkeitstaatlichen Einfärbung des politischen Lebens, der Stärke vorbürgerlicher Führungsgruppen und Traditionen auch noch im bürgerlichen Zeitalter, der vergleichsweise schwachen Ausstrahlungs- und Bindungskraft des Bürgertums in bezug auf andere soziale Gruppen und an besonderen Härten der Ausgrenzung und Diskriminierung von Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung. Daraus erklären sich Eigenarten der deutschen Arbeiterbewegung, so ihre frühe Trennung von bürgerlichen Bewegungen, ihre frühe Selbständigkeit und Massivität, ihre Chance zur Entwicklung nach-bürgerlicher Ziele, Praktiken und Organisationsformen. Die deutsche Arbeiterbewegung des 19. und frühen 20. Jahrhunderts erweist sich als Teil einer Gesellschaft mittelkräftig ausgeprägter Bürgerlichkeit.¹²

V. Bringt man die Geschichte von Bürgertum und bürgerlicher Gesellschaft mit der Geschichte der Arbeiter und Arbeiterbewegung so eng zusammen, wie dies hier geschieht, dann wird damit eine Bilanzierungsmöglichkeit nahegelegt, nämlich die Bilanzierung unter der Frage, was denn die Arbeiterbewe-

11 M. Kossok, DDR '89 – Über die Revolution. Gedanken aus historischer Sicht, in: R. Eckert u. a. (Hg.), Krise – Umbruch – Neubeginn. Eine kritische u. selbstkritische Dokumentation der DDR-Geschichtswissenschaft 1989/90, Stuttgart 1992, S. 75–84, 77.

12 Vgl. als wichtige Anregung W. Schieder, Das Scheitern des bürgerlichen Radikalismus u. die sozialistische Parteibildung in Deutschland, in: H. Mommsen (Hg.), Sozialdemokratie zwischen Klassenbewegung u. Volkspartei, Frankfurt 1974, S. 17–34.

gung, differenziert nach Perioden und Zweigen, zur Entwicklung der Bürgergesellschaft, fördernd und hindernd, beigetragen habe. Der auf seine Entstehung in der Aufklärung verweisende Begriff der bürgerlichen Gesellschaft (Bürgergesellschaft, civil society) meint einen Entwurf, ein fortschrittliches, bis heute unvollendetes Projekt: eine Gesellschaft mündiger, gleichberechtigter und freier Bürger und Bürgerinnen, die auf marktwirtschaftlicher Grundlage, als Privatpersonen, Familienmitglieder und in der Öffentlichkeit, unter dem Schutz rechts- und verfassungsstaatlicher Institutionen, zunehmend demokratisch, gebildet und vernünftig zusammenleben und ihr Zusammenleben ohne Gewalt, ohne obrigkeitstaatliche Gängelung und ohne überflüssige Herrschaft und Ungleichheit, selbständig und gemeinsam organisieren. Die gesellschaftliche Wirklichkeit der letzten zwei Jahrhunderte war von diesem Entwurf meist weit entfernt. In den Diktaturen des 20. Jahrhunderts ging die Idee der Bürgergesellschaft beinahe zur Gänze verloren. Auch heute ist sie noch unerfüllt und durch neue Krisen bedrängt, bestenfalls für einen Teil unserer Gesellschaft und nur für einen sehr kleinen Teil der Menschheit erfüllt. Gleichwohl hat die Idee, nach dem Zusammenbruch von Faschismus und Kommunismus, in den letzten Jahren erneut starke Ausstrahlungskraft und Geschichtsmächtigkeit gewonnen, gewandelt und auf weitere Wandlungen angewiesen, aber erfolgreich und motivierend: eine der wenigen noch übriggebliebenen Utopien.

Bilanzierend wird man den Beitrag großer Teile der Arbeiterbewegung zur schrittweisen Durchsetzung der Bürgergesellschaft in Deutschland nicht gering einschätzen. Oben wurde bereits ihr Einsatz für die Parlamentarisierung, den Rechtsstaat, die Verrechtlichung der sozialen Beziehungen, für Massenbildung und soziale Demokratie genannt. Anderes wäre hinzuzufügen: Aufklärung, der Einsatz gegen Antisemitismus und Xenophobie, Beiträge zur Entwicklung des Sozialstaats, vor 1933 der Kampf gegen die anti-bürgerliche Bedrohung durch den Faschismus in Verteidigung der Republik, für die sich die Arbeiterbewegung zwar am Ende erfolglos, aber eindeutiger einsetzte als die meisten anderen sozialen Kräfte und politischen Lager. In einem Land, in dem die Kraft des Liberalismus – jedenfalls auf gesamtstaatlicher Ebene – früh abnahm und das Bürgertum das Projekt der Bürgergesellschaft zeitweilig sehr halbherzig betrieb, fiel Teilen der Arbeiterbewegung eine substitutive Rolle zu.

Jedoch sind einige Einschränkungen angebracht: 1. Dies geschah zum Teil entgegen den erklärten Zielen der Arbeiterbewegung, die mit dem Sozialismus eindeutig über die Bürgergesellschaft hinaus wollte. 2. Die Arbeiterbewegung hat zeitweise – durch ihre bloße Existenz und ihre Herausforderung – die Verbürgerlichungsstrategien des Bürgertums erschwert und geschwächt. 3. Die Arbeiterbewegung war nicht stark genug, um ihre eigene Spaltung und die Entstehung einer undemokratisch-kommunistischen Abzweigung zu verhindern, die sich dem Ideal der Bürgergesellschaft diametral entgegenstellte und deren Entwicklung kräftig verhinderte, ja zurückdrehte. 4. Es ist auffäl-

lig, daß am bisher letzten bedeutenden Schritt auf dem Weg der Durchsetzung der Bürgergesellschaft in Deutschland – 1989/90 – die Arbeiterbewegung jedenfalls nicht führend beteiligt war. Ist ihre Dynamik zu Ende? 5. Schließlich ist nicht zu bezweifeln, daß es auch weiterhin andere Maßstäbe der Beurteilung gibt, die eine entschiedene Kritik an der Bürgergesellschaft nahelegen und damit – sei es aus grundsätzlich sozialistischer, sei es aus ökologischer oder aus prinzipiell modernisierungsskeptischer Sicht – der Arbeiterbewegung eine andere, kritischere Bilanz aufmachen.

VI. Anderes könnte und sollte bedacht werden, wenn es um die Verknüpfung von Bürger- und Arbeitergeschichte geht. So wäre der Frage nachzugehen, wie weit die letzten Jahrzehnte zu einer Verwischung der Unterscheidungslinie zwischen Bürgern und Arbeitern geführt haben – als Folge der Expansion einer höchst differenzierten, riesengroßen Angestellten-Zwischenschicht, in der Konsequenz der Verbreitung bürgerlicher Existenzmerkmale weit übers Bürgertum hinaus und aufgrund zunehmender Ausdifferenzierung der Arbeiterschaft. Hängt es damit zusammen, daß der Bürgerbegriff zur Analyse der gegenwärtigen Gesellschaft so wenig taugt? Erodierte die Arbeiterbewegung mit der Bürger-Arbeiter-Differenz?

Die Sozialgeschichte der Diktaturen hat nach dem Ende der DDR neues Interesse gefunden. Der innere Zusammenhalt und das äußere Profil von Bürgertum und Arbeiterschaft haben unter den Diktaturen des 20. Jahrhunderts gelitten. Auch darin zeigt sich der enge Zusammenhang zwischen Arbeiter- und Bürgergeschichte. Schließlich ist daran zu erinnern, daß die Koppelung von Arbeiter- und Bürgergeschichte nicht erst heute beginnt. Im Grunde weiß man seit langem, daß es unmöglich ist, eine Klasse allein zu behandeln, auf ihr Wechselverhältnis zu anderen Klassen und Gruppen kommt es vielmehr an. Die Frage nach den „Kontakten“ zwischen Arbeitern und Bürgern ist nicht absolut neu. Auch vergleichende Ansätze sind in diesem Zusammenhang zu nennen – Vergleiche von Arbeitern und Bürgern haben zum Beispiel in der Sozialgeschichte der Familie eine bemerkenswerte Tradition.¹³ Trotzdem mag es lohnen, Sichtweisen und Ergebnisse der jüngeren Bürgertumsgeschichte in der Arbeiter- und Arbeiterbewegungsgeschichte nutzbar zu machen, allerdings ohne deren Eigenständigkeit in Frage zu stellen. Diesem Ziel dienen die skizzenhaften Überlegungen dieses Aufsatzes.

Prof. Dr. Jürgen Kocka, FU Berlin, FB Geschichtswissenschaften, Habelschwerdter Allee 45, 14195 Berlin

13 Vgl. z. B. Zwahr, *Konstitution*. J. Kocka u. E. Müller-Luckner (Hg.), *Arbeiter u. Bürger im 19. Jh. Varianten ihres Verhältnisses im europäischen Vergleich*, München 1986. C. Gotthardt, *Industrialisierung, bürgerliche Politik u. proletarische Autonomie. Voraussetzungen u. Varianten sozialistischer Klassenorganisationen in Nordwestdeutschland 1863 bis 1975*, Bonn 1992. Wechselseitige Beeinflussungen und Kontakte untersucht eine in Arbeit befindliche Diss. von Jürgen Schmidt (Berlin) über Arbeiter und Bürger in Erfurt zur Zeit des Kaiserreichs. – In sich nach sozialen Gruppen vergleichend: H. Rosenbaum, *Formen der Familie*, Frankfurt 1982.